

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

beiden englischsprachigen Tageszeitungen – die im Zuge des US-amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes hitzig geführte Debatte um einen verstärkten Grenzzaum entlang der amerikanisch-mexikanischen Grenze Kambodschas Medienlandschaft zu dominieren.

Im Hinblick auf die entwicklungspolitische Zusammenarbeit hat insbesondere Kambodschas Bereitschaft zur Aufnahme zahlreicher Flüchtigen, die aus Australien umgesiedelt werden sollen, für viel Aufmerksamkeit gesorgt.

Im Juni diesen Jahres trafen die ersten vier von einer nicht weiter spezifizierten Anzahl an Flüchtlingen, auf deren Aufnahme sich die kambodschanische Regierung mit ihrem australischen Pendant bereits im Februar verständigt hatte, in Phnom Penh ein.

Die Flüchtlinge sind nur ein Bruchteil von hunderten Weiteren, die sich derzeit auf der Inselnation Nauru im Südpazifik aufhalten und die Ersten, die sich bereit erklärten, im Rahmen des freiwilligen Umsiedlungsprogramms nach Kambodscha überzusiedeln. Im Gegenzug verpflichtete sich die australische Regierung, 31 Millionen US-Dollar an zusätzlicher Entwicklungshilfe für Kambodscha bereitzustellen sowie die im ersten Jahr nach Übersiedlung anfallenden Kosten für jeden Flüchtling, der sich zur freiwilligen Teilnahme am Programm bereit erklärt, zu übernehmen.

NGOs, wie etwa Human Rights Watch, Freedom House und UNHCR, aber auch Oppositionsparteien beider Länder kritisieren das Umsiedlungsprogramm zum Teil scharf. Sie verweisen auf starke Armut in großen Teilen der kambodschanischen Bevölkerung und werfen der Regierung anhaltende Menschenrechtsverletzungen vor. Unter diesen Umständen sei es nur schwer vorstellbar, dass die kambodschanische Regierung ihrer Verantwortung, die die Aufnahme von Flüchtlingen mit sich bringt, wird gerecht werden können.

Eine besondere Rolle bei der Umsetzung des Umsiedlungsplans kommt der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zu. Zwar erklärte man sich bereit, die kambodschanische Regierung bei der Aufnahme der Flüchtlinge zu unterstützen. Allerdings knüpften die Verantwortlichen ihre Hilfe an die Bedingung, nicht nur die nun aus Australien eingetroffenen, sondern auch die teils seit Jahren in Kambodscha ansässigen Flüchtlinge mit entsprechenden Arbeitspapieren und anderen zur Arbeitsbeschaffung notwendigen Dokumenten auszustatten. Ein Zweiklassensystem innerhalb Kambodschas Flüchtlingsbevölkerung solle somit verhindert werden.

Malaysia

Jan Senkyr (27.08.2015)

In Malaysia leben laut Schätzung der Weltbank zwischen 2 und 4 Millionen Ausländer (Gesamtbevölkerung 30 Millionen), mehr als die Hälfte davon haben keine reguläre Arbeits- oder Aufenthaltsgenehmigung. Ein Großteil der Migranten befindet sich auf der Malaiischen Halbinsel, nur etwa 20 Prozent der Ausländer leben in den Bundesstaaten Sabah und Sarawak in Ostborneo. Malaysias Wirtschaft ist stark von ausländischen Arbeitskräften abhängig und deren Rekrutierung wird von der Regierung aktiv gefördert. Gastarbeiter kommen vor allem aus Indonesien, Nepal und Bangladesch, in letzter Zeit aber auch verstärkt aus Myanmar und Kambodscha. Andere Ursprungsländer von Migranten sind die Philippinen, Indien, Vietnam, Pakistan, Thailand, China und Sri Lanka, deren Anteil ist aber im Vergleich geringer. Nur im Bundesstaat Sabah in Ostborneo ist auf Grund der geographischen Nähe zu den Philippinen die Zahl der philippinischen Einwanderer am höchsten. Ausländer sind in Malaysia vor allem in der verarbeitenden Industrie und in der Landwirtschaft (Palmölplantagen) beschäftigt.

Neben den ausländischen regulären und irregulären Arbeitskräften hat in der letzten Zeit aber auch die Zahl der Flüchtlinge deutlich zugenommen. War Malaysia in der Vergangenheit vor allem Transitland für die Migration nach Australien, ist das südostasiatische Schwellenland mittlerweile auch zum Zielland für Flüchtlingsströme geworden. Zugespitzt hat sich

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

September 2015

www.kas.de

die Lage im Mai 2015, als Tausende Flüchtlinge aus Myanmar und Bangladesch auf Booten vor den Küsten Malaysias, Indonesiens und Thailand eintrafen. Nach langem Zögern erklärten sich die Regierungen Malaysias und Indonesiens Ende Mai bereit, den Flüchtlingen „vorübergehende Zuflucht“ zu gewähren und sie in Auffanglagern aufzunehmen. Ein große Zahl der Bootsflüchtlinge waren Angehörige der muslimischen Minderheit der Rohingyas, die in ihrem Heimatland Myanmar unterdrückt und verfolgt werden. Die Flüchtlingskrise wurde von Malaysia auf die Agenda der ASEAN-Treffen gesetzt und zum Thema von intergouvernementalen Konsultationen gemacht. Malaysias Premierminister forderte die Regierung von Myanmar zum Handeln auf: Menschen flöhen aus Myanmar wegen "innerer Probleme, in die wir nicht eingreifen können".

Die Flüchtlingskrise in Südostasien wird durch das Treiben von internationalen Schlepperbanden weiter verschärft. Flüchtlinge werden nicht nur über den Seeweg, sondern auch über Land geschleust. Im Norden Malaysias an der Grenze zu Thailand wurden mehrere Massengräber entdeckt, in denen vermutlich Opfer aus den umliegenden Flüchtlingscamps begraben wurden. Offenbar ist es gängige Praxis, dass Schleuser Bootsflüchtlinge und Migranten nach Thailand schmuggeln und diese so lange in Lagern festhalten, bis diese oder deren Angehörige Geld für die nächste Schmuggel-Etappe nach Malaysia zahlen.

Die Flüchtlingskrise in Europa und Deutschland spielt in der öffentlichen Wahrnehmung Malaysias indes nur eine untergeordnete Rolle. In politischen Fachkreisen und auf Regierungsebene wird die aktuelle Entwicklung jedoch beobachtet und diskutiert.

Pakistan

Ronny Heine (24.08.2015)

Über die anhaltend hohe Anzahl von Flüchtlingen, von der Deutschland und die EU derzeit betroffen sind, wird auch in den pakistanischen Medien berichtet. Allerdings dominiert die Berichterstattung die öffentliche Debatte nicht annähernd in dem Umfang, wie das in Europa der Fall ist. Dennoch ist im Gegensatz zu anderen, Europa betreffenden Ereignissen, wie z.B. die Griechenlandkrise, eine etwas breitere öffentliche Wahrnehmung des Themas feststellbar als das üblicherweise der Fall ist. Kommentatoren werten die anhaltende Flüchtlingskrise als Herausforderung sowie Lackmustest für die Solidarität und Handlungsfähigkeit der EU. Dabei wird nicht übersehen, dass es innerhalb der EU ernstzunehmende politische Bewegungen gibt, die einer Renationalisierung Europas das Wort reden. Der Umstand, dass eine einheitliche und koordinierte Asylpolitik in Europa derzeit faktisch nicht stattfindet und die einzelnen EU-Mitglieder höchst unterschiedlich mit den Herausforderungen der Flüchtlingskrise umgehen, wird daher auch als Indiz einer möglichen Renationalisierung Europas angesehen.

Dass die derzeitige europäische Flüchtlingskrise in Pakistan überhaupt eine Rolle in der öffentlichen Diskussion spielt ist dem Umstand geschuldet, dass Pakistan selbst Zielland für Flüchtlinge ist. Seit der Invasion sowjetischer Truppen in Afghanistan 1979 bietet Pakistan afghanischen Flüchtlingen Schutz und Zuflucht. In den Jahrzehnten der kriegerischen Auseinandersetzungen in Afghanistan stieg die Zahl der Flüchtlinge stetig an. Derzeit leben schätzungsweise mehr als drei Millionen Afghanen als Kriegsflüchtlinge in Pakistan, von denen allerdings nur ca. 1,5 Millionen registriert sind. Damit zählt Pakistan zu den Ländern, die weltweit am meisten Kriegsflüchtlinge beherbergen. Gleichwohl die Bedingungen, unter denen die afghanischen Flüchtlinge in Pakistan leben, durchaus prekär und mit denen in Europa nicht vergleichbar sind, ist es für ein Entwicklungsland wie Pakistan eine erhebliche Leistung, so vielen Flüchtlingen eine Heimat auf Zeit zu geben.

Gleichwohl bei einer Gesamtbevölkerung von fast 200 Millionen Menschen die drei Millionen afghanischen Flüchtlinge nur einen verschwindend geringen Anteil an der Gesamtbevölkerung bilden, ist deren Aufenthalt in Pakistan nicht unumstritten. Hierbei spielt das angespannte Verhältnis zwischen beiden Ländern, welches von gegenseitigem Misstrauen domi-